

Blaulicht

- 1** **BILANZ** Zahlen sagen mehr als Worte - ab Seite 1
- SATIRE** Neues vom Roten Reiter - ab Seite 4
- AUSBLICK** Unsere Ziele für die nächsten fünf Jahre - ab Seite 6

ZAHLEN SAGEN MEHR ALS WORTE - DIE FINANZPOLITISCHE BILANZ DER POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG

DER RICHTUNGSWECHSEL UNTER SPD-INNENMINISTER REINHOLD GALL

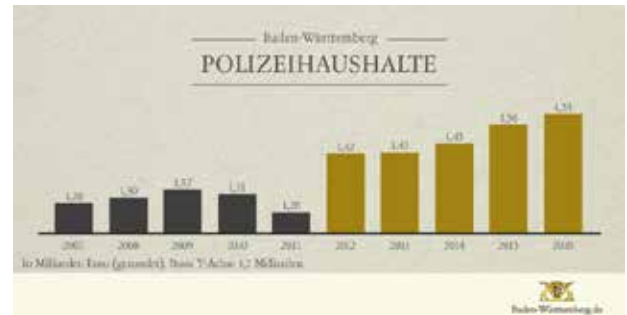


Alexander Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer es mit dem im Januar 2016 vorgelegten Gutachten des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften aus Berlin zur Polizeireform in Baden-Württemberg immer noch nicht glauben wollte, darf sich jetzt mit der finanzpolitischen Bilanz für den Zeitraum ab 2011/2012 überzeugen lassen: Die Polizei Baden-Württemberg erlebt seit dem Grün-Roten Regierungswechsel im Jahr 2011 einen kontinuierlichen Aufschwung. Eine Bilanz die sich sehen lassen kann. Wir sind auf dem sicherheitspolitischen Weg für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein gutes Stück vorangekommen. Alles ist in fünf Jahren aber nicht aufzuholen. Daher stehen für die nächste Legislaturperiode weiterhin erhebliche Kraftanstrengungen an.

Abschließendes Fazit: SPD-Innenminister Reinhold Gall hat Wort gehalten.



Noch nie hat sich eine Landesregierung die Innere Sicherheit so viel kosten lassen. Die Grün-Rote Landesregierung gibt für die Polizei jährlich rund 170 Millionen Euro mehr aus als die Vorgängerregierung. In den letzten fünf Jahren wurden rund 850 Millionen Euro mehr in die Innere Sicherheit investiert als zuvor bei schwarz-gelb.

ZUDEM IN DIESER AUSGABE

Leitartikel	Seite 1
Grußwort von Innenminister Reinhold Gall	Seite 2
Zweigeteilte Laufbahn	Seite 3
Gegen rechtsfreie Räume	Seite 3
Neues vom Roten Reiter	Seite 4
Verbesserungen für die Tarifbeschäftigten	Seite 5
Polizeibeirat neu gewählt	Seite 6
Rundschlag	Seite 6
Sicherheit im Fokus	Seite 8
Impressum	Seite 8
Flugblatt Innere Sicherheit	Seite 9



Bei Antritt der grün-roten Landesregierung hatte die Polizei einen Tiefstand an Planstellen zu verzeichnen. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat bei der Polizei rund 1.000 Vollzugsstellen sowie 500 Stellen im Nichtvollzug abgebaut und dadurch die innere Sicherheit massiv geschwächt. Der Aderlass wurde seit 2011 gestoppt und die Personalstärke des Polizeivollzugsdienstes während der grün-roten Regierungsverantwortung um 722 Beamtinnen und Beamten erhöht. Es wurden in den letzten 20 Jahren noch nie so viele Polizeibeamte eingestellt wie unter grün-rot!



In die strukturelle Verbesserung des Polizeivollzugsdienstes wurden unter Grün-Rot rund 80 Millionen Euro mehr

investiert als durch die Vorgängerregierung. Grün-Rot ist dem Ziel der Zweigeteilten Laufbahn näher gekommen. In der kommenden Wahlperiode soll das Ziel erreicht werden.

Im Gegensatz zur Vorgängerregierung (2006 bis 2011), die keine Verbesserungen für den Nichtvollzugsdienst der Polizei vorgenommen haben, wurden seit Regierungsübernahme rund 20 Millionen Euro in den polizeilichen Nichtvollzug investiert (ohne Diagramm).



In den letzten 40 Jahren wurde innerhalb von fünf Jahren noch nie so viel in die Polizei und ihre Ausstattung investiert. Die Polizei hat rund 138 Millionen Euro mehr an Investitionsmitteln erhalten als in Zeiten der Vorgängerregierung. Die Polizei Baden-Württemberg verfügt europaweit in vielen Bereichen über die beste Ausstattung - bei der Luftflotte sogar weltweit. Neu ist, dass die Investitionen mit jährlichen Abschreibungen im Haushalt hinterlegt sind. Das bedeutet pro Jahr ca. 17 Millionen Euro für zukünftigen Nachersatz.



Alexander Bauer
Vorsitzender des Polizeibeirats

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg, Diagramme

„WIR WOLLEN DIE INNERE SICHERHEIT WEITER STÄRKEN UND DIE BEDINGUNGEN FÜR DIE POLIZEIARBEIT NOCH VERBESSERN.“

GRUSSWORT VON INNENMINISTER REINHOLD GALL



Innenminister Reinhold Gall

„Das kann sich sehen lassen: In den vergangenen fünf Jahren haben wir einerseits durch erhebliche konzeptionelle und finanzielle Anstrengungen die Innere Sicherheit in Baden-Württemberg gestärkt. Zugleich haben wir die Bedingungen für die Beschäftigten in der Polizei, die durch neue Aufgaben zusätzlich belastet sind, weiter verbessert. Maßgeblich geprägt wurde unsere Handschrift durch die Polizeistrukturenreform, die anspruchsvollste und tiefgreifendste Neuerung durch die grün-rote Landesregierung. Damit haben wir

unsere Polizei fit gemacht für künftige Herausforderungen. Die Methode: Wir haben leistungsfähige Präsidien geschaffen und Kompetenzen gebündelt. Ein renommierter Gutachter hat uns jüngst bestätigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. In den nächsten Jahren wollen wir die im Zuge der Reform geplante neue Unterbringung von Dienststellen vervollständigen und das Reformwerk 2017 auf den Prüfstand stellen.

Flankiert haben wir die Strukturreform, mit der die Reviere personell aufgestockt werden, mit einer massiven Finanzspritze für den Polizeihaushalt. Seit 2011 haben wir rund 850 Millionen Euro mehr in die Innere Sicherheit investiert als die Vorgängerregierung. Allein die Personalstärke des Polizeivollzugsdienstes haben wir um 722 Beamtinnen und Beamte erhöht. Zur Bekämpfung des islamistischen Terrors haben wir den Sicherheitsbehörden und der Justiz rund 200 zusätzliche Personalstellen und über 30 Millionen Euro für zusätzliche Ausrüstung verschafft. Die Ergebnisse sprechen für sich: der Südwesten rangiert im Ländervergleich

bei der Kriminalitätsbelastung bundesweit nach Bayern weiter ganz vorne. Die Zahl der Wohnungseinbrüche konnte 2015 um knapp zehn Prozent verringert werden.

Auch in den nächsten fünf Jahren wollen wir die technische Ausstattung der Polizei weiter verbessern. Wir streben an, das Aufgabenspektrum unseres neuen Kompetenzzentrums zur Extremismusprävention (KPEBW) auf den Rechts-Extremismus auszuweiten.

Unerlässlich für gute Polizeiarbeit sind angemessene Vergütungen und gute Arbeitsbedingungen. In den vergangenen fünf Jahren haben wir unter diesem Aspekt durch zahlreiche Stellenhebungen weitere Schritte in Richtung der zweigeteilten Laufbahn unternommen – die wir in der nächsten Wahlperiode dann vollständig umsetzen wollen. Im Zuge der Polizeistruktur haben wir die Bedürfnisse der Beschäftigten durch das Interessenbekundungs-

verfahren berücksichtigt – nach Ansicht des renommierten Gutachters in der deutschen Verwaltungsgeschichte in bisher beispiellosem Umfang. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren die Ausbildungsanstrengungen bereits erheblich verstärkt. Durch eine Einstellungsoffensive, bereits beschlossen für die nächsten beiden Jahre, wollen wir der Entwicklung der Altersstruktur in der Polizei auch weiter begegnen. Um die Einsatzkräfte noch besser gegen Gewalttäter zu wappnen, möchten wir die bereits angestoßene Einführung der BodyCam umsetzen. Mit der Einführung des Ausbildungsberufs der/des Polizeifachangestellten zielen wir darauf ab, den Vollzugsdienst von vollzugsinadäquaten Aufgaben zu entlasten. Festzustellen ist: Wir haben noch einiges vor.“

Reinhold Gall MdL
Innenminister

SPD UND DIE ZWEIFELTE LAUFBAHN BEGONNENEN WEG FORTSETZEN

Das Bestreben des Polizeibeirates der SPD zur Einführung der Zweigeteilten Laufbahn könnte im Falle eines Wahlsieges abgeschlossen werden.

Durch vielerlei Einsatz und Unterstützung durch die Gewerkschaft der Polizei konnte erreicht werden, dass im Regierungsprogramm nun ein klares Datum zur Einführung genannt wird. Zitat: „Um das Ziel mit der nächsten Legislaturperiode abzuschließen, sollen ab 2018 nur noch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für den gehobenen Dienst ausgebildet werden. Unser Ziel ist es, die Zweigeteilte Laufbahn bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen.“

Hier ist das erste Mal für Baden-Württemberg der Weg definiert und es wäre sicherlich nicht im Interesse der Polizistinnen und Polizisten in diesem Land, wenn dieser Weg nicht fortgesetzt würde. Es gab noch nie in der Polizei des Landes Baden-Württemberg so viele Beförderungen und Anhebungen in den gehobenen Dienst, wie in der zurückliegenden Legislaturperiode. Somit klingt es schon etwas wie Hohn, wenn aus den Wahlprogrammen der Vorgängerregierung nun eine Verbesserung der Situation gefordert wird.

Diese wird nämlich zwangsläufig in der nächsten Legislaturperiode eintreten, weil die Voraussetzungen, die von der Grün-Roten-Landesregierung geschaffen worden sind, ihre Wirkung entfalten werden. Somit wäre es ohne ein Zutun eine Verbesserung, die sich die auf die Fahnen schrei-

ben würden, welche die derzeitige Situation durch die Stellenabbauprogramme (z. B. Postenreform, Erhöhung Wochenarbeitszeit, Stellenausgliederung WKD) geschaffen haben.

Die Wertschätzung haben sich die Polizisten des Landes Baden-Württemberg schon lange verdient und diese darf durch den Ausbau von weiteren Stellen im mittleren Dienst und den Ausbau des Programms für Polizeifreiwillige, wie von der CDU geplant, nicht herabgesetzt werden.

Wir haben es selbst in der Hand. Darum geht zum Wählen und entscheidet richtig, in dem ihr eure Stimme der SPD gebt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Hans-Jürgen Kirstein
Vorstandsmitglied Polizeibeirat



Hans-Jürgen Kirstein

KLARES BEKENNTNIS GEGEN RECHTSFREIE RÄUME INNERE SICHERHEIT IST AUFGABE VON POLITIK UND PARTEI

Es ist richtig und gut, dass sich unser Innenminister Reinhold Gall (SPD) in den letzten Wochen erneut klar dazu geäußert hat, dass rechtsfreie Räume in Baden-Württemberg nicht entstehen dürfen.

Es ist die tägliche Aufgabe aller Polizeibeschäftigten, aller Beamtinnen und Beamten sowie aller Tarifbeschäftigten, dazu ihren Beitrag zu leisten. Wir müssen die Bevölkerung

vor Gefahren schützen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten und Straftaten konsequent verfolgen. Das ist unser Beitrag.

Die Politik muss für uns die Rahmenbedingungen schaffen. Sie muss Gesetze und Verordnungen erlassen und uns die Befugnisse erteilen, die wir auf der Straße zur Erfüllung dieses Auftrags benötigen. In regelmäßigen Abständen

sollten Gesetze zudem auf Aktualität überprüft werden – in zwei Richtungen: werden sie noch benötigt und decken sie die aktuellen Entwicklungen bereits ab. Dabei sollten allgemeine Entwicklungen – die Lage – und nicht einzelne Vorkommnisse Maßstab der Überprüfung sein. Zweitens muss die Polizei mit dem Personal ausgestattet werden, dass die zu Recht von der Bevölkerung in uns gesetzten Ansprüche umsetzen kann. Die Personalfrage beinhaltet dabei nicht nur die quantitative Bemessung des Personalkörpers und dessen Auswahl, sondern auch das wichtige Thema der (zukünftigen) Aus- und Fortbildung – also auch einen qualitativen Blickwinkel. Drittens müssen uns die Finanz- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, die wir für unsere tägliche Arbeit benötigen, um Schritt halten zu können, mit dem polizeilichen Gegenüber. Das ist der Beitrag der Politik.

Das ist ein umfangreicher Forderungskatalog an die Politik und es ist zu berücksichtigen, dass auch sie vielen Zwängen unterliegt und Rahmenbedingungen beachten muss: Gesetzgebungskompetenzen, Grenzen des Öffentlichen Haushalts oder die allgemeine Bewerberlage für den Öffentlichen Dienst in wirtschaftlich guten Zeiten sind dafür drei Beispiele. Ich möchte in diesem Beitrag keine Bilanz ziehen, denn das würde den Rahmen sprengen. Hinweisen will ich jedoch auf die erst jüngst übersandten Aufstellungen in Sachen Personaleinstellungen und Finanzmittel für die Polizei in den letzten Jahren. Auch aus der persönlichen Wahrnehmung muss man anerkennen, dass bei allen Sparzwängen in den Präsidien Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden. Als Personalrat kann ich konstatieren, dass es uns in den letzten Monaten an Beförderungen nicht gemangelt hat.

Die Bevölkerung ist anlässlich der Ereignisse in der Silvesternacht verunsichert. Die öffentliche Diskussion ist angebracht. Leider führt sie auch zur Enttäuschung, bis hin zum Misstrauen oder der Frage, ob die Polizei ihre Aufgaben noch erfüllen kann. Dieser Entwicklung sollten wir gemeinsam mit der Politik durch unser Handeln entschieden entgegenreten. So ist auch das 5-Punkteprogramm des Innenministeriums einzuordnen, das bereits am 8. Januar 2016 vorgestellt wurde, und bei dessen Vorstellung sich Innenminister Reinhold Gall erneut klar gegen die Entwicklung von rechtsfreien Räumen aussprach.

NEUES VOM „ROTEN REITER“

ES BRAUCHT EINE ZWEITE HALBZEIT, UM ZU SEHEN!

„Das Land ruft - doch wer wird es hören?“ (oder „Nächster Schritt: Gerechte Personalverteilung – Stärkung ländlicher Raum“)

Man erinnere sich: Die „dunklen“ Jahre der vorausgegangenen Herrschaft hatten an den einst prächtigen Ordnungspferden ihre Spuren hinterlassen. Mehr und mehr zeigten sich die gravierenden Versäumnisse: Da kam kein frisches Blut in die Herde; da wurde an Sattel und Zaumzeug gespart – selbst an schützenden „Decken“ und Rüstung; durch die Dächer der Ställe regnete es rein; und trotz schmaler Kost – ausbleibendem Zusatz-Futter – und mangelnder Pflege hielten sie durch. Tag für Tag wurde geackert, verkam das „stolze Pferd“ mehr und mehr zum schwächer werdenden Gaul.

Innere Sicherheit ist Aufgabe von Politik und Polizei. Doch müssen wir auch den Bürger selbst mit in die Pflicht nehmen. In die Pflicht nehmen bedeutet dabei aber nicht, dass besorgte Bürger sich je nach eigenem Geldbeutel Sicherheit zukaufen oder die Sicherheit gar selbst in die Hand nehmen (Stichwort: Bürgerwehren). Private Sicherheitsdienste ergänzen die Sicherheitsarchitektur in unserem Land. Sie sind richtig eingesetzt bei Veranstaltungen, beispielsweise bei der Durchsetzung des Hausrechts, sie sind richtig beim Schutz und der Durchführung von Geldtransporten – sie sind aber kein Ersatz für die Polizei im öffentlichen Raum. Die Nachbarschaft, die zusammenlegt und private Sicherheitsdienste des Nächstens im Wohngebiet patrouillieren lässt, das sind Vorstellungen die ich nicht gutheißen kann. Den Bürger in die Pflicht nehmen heißt, ihn aufzufordern, hin- und nicht wegzuschauen, aufmerksam zu sein und Zivilcourage zu zeigen, natürlich ohne sich selbst in Gefahren zu bringen – und sie sollten sich auch zu Wort melden, wenn bedenkliche Entwicklungen den Rechtsstaat von rechts oder links bedrohen. Das ist Aufgabe des Bürgers.

Polizei, Politik und Bürger wirken gemeinsam zusammen, um durch ihr Handeln einen Staat zu schaffen, in dem jeder sicher ist und bleibt, der keine rechtsfreien Räume duldet (im Übrigen auch nicht in der virtuellen Welt) und in dem man gerne lebt. Frauen müssen auch nachts alleine durch die Innenstadt laufen können ohne belästigt zu werden und Flüchtlinge müssen hier ohne tägliche Angst vor Ausländerfeindlichkeit und Übergriffen leben können. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Steffen Mayer
Vorstandsmitglied Polizeibeirat



Steffen Mayer

Dann kam überraschend der „Rote Reiter“: Neu – unerschrocken – seit Jahrzehnten ausbleibende Entscheidungen zum Wohle der Ackernden treffend – sofort die Zahl des Nachwuchses verdoppelnd, die mangelhaften Investitionen verdreifachend.

Tapfer und unbeirrt tritt der „Rote Reiter“ nun die Jahre seiner ersten Herrschaft für „sein Ackerpferd“. Doch allen erfahrenen Ackerern war klar, dass zwei Jahrzehnte bewusstes und gewolltes „Mangelhaushalten“ wenigsten fünf bis acht Jahre Regeneration bedeuten.

Nicht so den Vorreitern – den schwarzen Gesellen, die dieser Tage nach „tausend(en)“ neuer Pferdchen rufen. Die guten Jahre des Nachwuchses 2004 bis 2009 bewusst ver-



Jürgen Giessler

säumend, das Älterwerden des Ackergaules sehenden Auges ignorierend, wurden die „Füllen“ auf ein Viertel des Bedarfes zurückgefahren. Die Schließung von (Posten) Ställen, die sträfliche Vernachlässigung der bekannten Altersstruktur, von Investitionsstaus ganz zu schweigen, ... NUN FORDERN SIE DAS AUSMERZEN IHRER VERSÄUMNISSE.

Was tat der „Rote Reiter“?
- Das, was getan werden musste, ... auch Schmerzliches!

Soweit das traurige Märchen, das in den letzten drei bis vier Jahren tragisch offenbar wurde. Es gilt, dem „Roten Reiter“ eine weitere Periode einzuräumen, um den Beweis für die Richtigkeit seines Handelns antreten zu können.

Doch wie geht es weiter: Ein erster weiterer Schritt

Die Basis ist gelegt – über viertausend Nachwuchskräfte sind in der Ausbildung/im Studium. Nun gilt es nachzubessern und der „ausgeMERKELten Einladungslage“ weitere Schritte folgen zu lassen: „Das Land ruft - wer wird es hören?“

Da in weiten Teilen unseres Landes heftiger Personalmangel herrscht, können die Freiwilligen mit zwei Tagen „Ausbildung“ auch im Streifendienst, zusammen mit einem Hauptamtlichen eingesetzt werden.

Der (VOLLWERTIGE) Einsatz einer Streife, bestehend aus PraktikantInnen in der normalen Polizeiausbildung (Dauer 2,5 bis 3,75 Jahre), Freiwilligen, und einem Hauptamtlichen, ist in vielen südbadischen Revieren zwischenzeitlich Usus, um die Mindeststärke zu halten.

Wir sehen bereits „im ganz alltäglichen Dienst“ diese Notmaßnahme als HOCHGRADIG RISKANT FÜR DIE GESUNDHEIT ALLER „Streifenpartner“ (Ehrenamtlicher Freiwilliger, Auszubildender, Hauptamtlicher) an, vom Einsatz in hochriskanten Situationen wie Landfriedensbruch, Amoklagen, und Heftigerem ganz zu schweigen, doch der Nachwuchs braucht seine Zeit.

Als Beispiel: Mit drei bis vier „HALBEN Streifen“ ist einem Oberzentrum mit 70.000 Einwohnern in einem Flächenrevier mit 100.000 Bürgerinnen und Bürgern und einer Flüchtlingsunterkunft mit 500 Personen nicht gedient.

SO GILT ES schnellstens einen gleichmäßigen Verteilermodus für die Personalbemessung im ganzen Land zu setzen, denn die Flüchtlingspräsenz ist in der Fläche.

Jürgen Giessler
Stellv. Vorsitzender Polizeibeirat

VERBESSERUNGEN FÜR DIE TARIFBESCHÄFTIGTEN IN DER POLIZEI AUF DIE SPD KOMMT ES AN!

Die Polizeireform hat seit Bestehen zu vielen Diskussionen, aber auch gravierenden Veränderungen der Aufgaben geführt. Veränderungen die alle bei der Polizei arbeitenden Personen betreffen – auch die Tarifbeschäftigten. Wenn es um Verbesserungen und Maßnahmen geht, liegt der Fokus bei der Polizei erst einmal auf den Beamtinnen und Beamten. Wo findet man ähnliches für die Tarifbeschäftigten?

Durch das Bestreben mehr Beamte „auf die Straße“ zu bekommen wurden viele Aufgaben, welche vorher von Beamten wahrgenommen wurden, inzwischen auf Tarifbeschäftigte übertragen. Das erfordert ein spezielles Sach- und Fachwissen, sowie selbständiges Arbeiten und eine enorme Flexibilität. Doch mit den erhöhten Anforderungen an die Tarifbeschäftigten, hat sich an der tariflichen Eingruppierung dieser, nichts geändert. Eingruppierungen bei E5 und E6 ohne Aussicht auf eine Chance einer Höhergruppierung sind die Regel, da der TVöD-L sehr interpretationsfreudig ausgelegt werden kann und auch wird. Abhilfe und mehr Gerechtigkeit kann nur eine Beschreibung und Bewertung der Stellen, analog zu denen im Beamtenbereich, sowie eine daraus resultierende gerechtere Entlohnung, schaffen. Gute Arbeit muss eine gute Entlohnung zur Folge haben. Das würde auch bei Neueinstellungen die Attraktivität der Arbeitsplätze steigern und eine Abwanderung von angestammten Mitarbeitern eindämmen.

Berufsbild Polizeifachangestellte

Man stelle sich folgende Situation vor: Eine Kollegin, seit zwanzig Jahren angestellt bei der Polizei, lässt sich bei der

Kommunalwahl zum Gemeinderat aufstellen und muss in der Kandidatenliste eine anerkannte Berufsbezeichnung angeben. Was kann sie eintragen? Wohl nicht viel – es existiert dafür keine Berufsbezeichnung. Zugegeben: nicht alle Angestellten der Polizei werden sich bei irgendwelchen Wahlen aufstellen lassen. Doch eine berufliche Zuordnung, eine Berufsbezeichnung, die Angabe einer ausgeübten Tätigkeit wird in vielfältigen Situationen im Leben verlangt.



Martina Heer

Mit dem Regierungsprogramm streben wir weiterhin die Einführung eines Ausbildungsberufes der/des Polizeifachangestellten an und wollen die Stellenstruktur im polizeilichen Nichtvollzug optimieren. Bei den schon bestehenden Arbeitsverhältnissen sind wir bestrebt, die Berufsbezeichnung Polizeifachangestellte einzuführen. Für den Polizeibeirat dürfen dabei keine Benachteiligungen für die bereits heute bei uns Beschäftigten entstehen.

Wir werden für alle Beschäftigten bei der Polizei das Gesundheitsmanagement sowie die Vereinbarkeit von Beruf

und Familie weiter verbessern, sodass alle Beschäftigten den wachsenden Aufgaben ihres anspruchsvollen Berufs dauerhaft gewachsen bleiben können. Für diese Gleich-

behandlung hat sich der Polizeibeirat im Regierungsprogramm stark gemacht.

Martina Heer
Vorstandsmitglied Polizeibeirat

POLIZEIBEIRAT NEU GEWÄHLT

KONTINUITÄT UND FRISCHE KRÄFTE

Die Mitgliederversammlung wählte für die nächsten zwei Jahre den neuen Polizeibeirat der SPD Baden-Württemberg: Der bisherige Vorsitzende Alexander Bauer wurde einstimmig im Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig im Amt bestätigt wurden die bisherigen Stellvertreter Franz Lemli und Jürgen Gießler. Werner Walser wurde als stellvertretender Vorsitzender neu gewählt. Neue Schriftführerin wurde Martina Heer. Der bisherige Schriftführer und stellvertretende Vorsitzende Torsten Köpschall bringt sich zukünftig als Beisitzer in die Arbeit des Polizeibeirats ein. Bestätigt wurden als Beisitzer Rüdiger Seidenspinner und Werner Fischer. Neue Beisitzer sind Hans-Jürgen Kirstein

und Steffen Mayer. Für die zurückliegende Mitarbeit ein herzliches Dankeschön an Karlheinz Stephan und Timo Gretz.

Den frisch Gewählten gilt ein besonderer Dank für dieses zusätzliche politische Engagement und die dafür einzubringende Zeit! An einer Mitarbeit interessierte Kolleginnen und Kollegen dürfen sich gerne mit dem Vorsitzenden unter bauer-spd@t-online.de in Verbindung setzen. Mehr Infos unter www.blaulicht-bw.de

Alexander Bauer



Der Polizeibeirat nahm nach seiner Mitgliederversammlung an der Konferenz „Innere Sicherheit“ der SPD Landtagsfraktion im provisorischen Landtag von Baden-Württemberg teil. Im anschließenden Gespräch mit unserem Innenminister Reinhold Gall MdL und Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion Nikolaos Sakellariou MdL.

RUNDSCHLAG

KOMMENTAR UND AUSBLICK

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Wahlkampf läuft auf vollen Touren und da hat man für das eine oder andere starke Wort durchaus Verständnis. Es ist aber dennoch nicht zu vermeiden, dass man sich als SPD-Polizeibeirat über die Aussagen der Oppositionsparteien mehr als wundern muss. Der Slogan der ehemaligen Regierungspartei CDU: „Die Polizei wieder stärken“ dürfte doch wohl eher einen Lacher auslösen als ernst genommen zu werden. Die Zahlen, Daten, Fakten der vorgestellten Bilanzen sprechen dazu eine klare Sprache.

Nicht auf alles, was die Opposition so von sich gibt, muss man eingehen. Bei einem Punkt lohnt sich aber doch ge-

nau hinzuschauen und zu differenzieren – die viel zitierte „schlechte Stimmung“ in der Polizei. Ist sie wirklich greifbar oder spiegelt sie die allgemeine Stimmung in der Gesamtgesellschaft wider? Ich habe den Eindruck, dass man mit zunehmender Nichtbetroffenheit von der Polizeiform dazu neigt, diese zu negieren.

In den letzten 20 Jahren wurde der Polizei einiges zugemutet. Bestimmt hat davon vieles zur inneren Resignation beigetragen. Beispielhaft die Einführung eines Leitbilds. Der Leitsatz: „Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt“ wird unvergessen bleiben. Große Erwartungen – herbe Enttäuschungen. Wo ist das Leitbild geblieben? Das kooperative Führungssystem KFS schloss sich an. In einer moder-

nen Führungs- und Fehlerkultur hätten Wertschätzung, Lob und Mitbestimmung daher schon lange ihren Platz finden müssen. Die vielfältige Beteiligung der Beschäftigten bei der Polizeireform war daher mehr als erfrischend. Der Grundsatz der sozialverträglichen Umsetzung hat dazu geführt, dass die zusätzlichen Stellen bei den Polizeirevieren zwar technisch angekommen sind, aber die Köpfe dazu noch fehlen. Das durchgeführte Interessenbekundungsverfahren ist im Ländervergleich beispielhaft. Als Sozialdemokrat kann ich beides nur gutheißen.

Ein weiterer Punkt: die Polizeireform hat die Kriminalpolizei organisatorisch wieder in die Lage versetzt, innerhalb der Polizei ihre Stärken voll zu entfalten. Die Organisationsveränderungen der alten Landesregierung hatte die Kriminalpolizei im Lichte einer gewollten „Einheitspolizei“ zu einer von vielen Organisationseinheiten in der Aufbauorganisation der Polizeidirektionen herabgestuft. Mit erheblichen Konsequenzen für die Personalentwicklung und Attraktivität. Über die Korrektur dieses kapitalen Fehlers im Rahmen der Polizeireform spricht die Opposition nicht.

Die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten und Stellenumwandlungen in den gehobenen Dienst sind seit der Reform massiv nach oben gegangen. Die zweigeteilte Laufbahn steht in den nächsten fünf Jahren vor dem Abschluss. Was wurde von denen, die auf die heutige Regierung schimpfen, in der Vergangenheit gemacht? Das Beurteilungssystem wurde verändert. Quoten und die Champions-League eingeführt. Gleichzeitig wurde die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten zurückgefahren. FH-Absolventen wurden gleichermaßen wie W8-Absolventen mit fehlender Transparenz und Perspektivlosigkeit vor den Kopf gestoßen. Wer Stimmungen sucht, der findet dort ihren Ursprung. Nicht alles kann man in fünf Jahren korrigieren.

Auch die ausstehende Dienstpostenbewertung ist ein unerledigtes Thema der alten Landesregierung. Der Polizeibeirat wird die Arbeit der aktuellen Arbeitsgruppe aktiv begleiten. Die Dienstpostenbewertung ist für uns das Fundament der zweigeteilten Laufbahn. Für die Akzeptanz,

Attraktivität und Karriereperspektive wird es wichtig sein, dass die ausstehende Dienstpostenbewertung gut gelingt.

Die Zeit der CDU-Verwaltungsreform Mitte der 2000er Jahre ist geprägt von einer Schließungswelle von Polizeiposten und Kriminalaußenstellen. Statt neue Stellen zu schaffen, um die Arbeitsfähigkeit der Posten zu erhalten, wurden diese geschlossen. Die größte Dummheit dieser Reform konnte dabei noch verhindert werden. Man wollte die Polizeidirektionen in die Landratsämter eingliedern und dem Landrat unterstellen. Übrig blieb die Zerschlagung des WKD.

Mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit und Streichung von Stellen kann man die Einsatzfähigkeit nicht erhöhen. Im Gegenteil - man schwächt sie. Es fehlen die „Köpfe“ – in den Polizeiketten und in den Dienstgruppen. Die Streichung der 1.000 Stellen durch die Vorgängerregierung war ein Kardinalfehler. Die Polizeireform hat zunächst weitere Einschränkungen abgefedert. Mit über 700 neuen Beamtinnen und Beamten und der aktuellen Einstellungsoffensive hat die Grün-Rote Landesregierung die Kehrtwende eingeläutet. Das Machbare wird mit Blick auf die begrenzte Anzahl von qualifizierten Bewerbern und die Ausbildungskapazitäten angepackt. Alles andere ist Wahlkampf der Opposition.

Die Beispiele machen auszugsweise deutlich, in welcher „Stimmung“ sich die Polizei zum Regierungswechsel 2011 befand. Die Kehrtwende wurde von Grün-Rot geschafft. Für die nächsten fünf Jahre steht noch viel Arbeit an.

Das Regierungsprogramm der SPD enthält die wichtigsten Forderungen des Polizeibeirats: Die zweigeteilte Laufbahn, die Verbesserung der Polizeidichte, die Einführung des Berufsbildes einer Polizeifachangestellten, die Einführung der Body-Cam und die Korrektur der Absenkung der Eingangsbesoldung. Gleichfalls wollen wir weiterhin möglichst viele Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewinnen. Die einzelnen Details gilt es dann im Rahmen des Koalitionsvertrages auszuhandeln.



Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 13. März 2016 stehen wir vor einer wichtigen Landtagswahl. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen wir den Rechtspopulismus als eine Gefahr für das weltoffene Baden-Württemberg. Wir bauen auf unser durch Vielfalt starkes Land und seine innovative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Für die Finanzierung eines starken öffentlichen Dienstes benötigen wir einen leistungsstarken Wirtschaftsstandort. Nationalismus, Europafeindlichkeit, Grenzschießungen und die Missachtung von Menschenrechten würden das weltweite Ansehen und den

wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes in Gefahr bringen. Für unser Land und die Innere Sicherheit muss am 13. März die Demokratie siegen.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die SPD in der neuen Grün-Roten Landesregierung.

Ihr



Alexander Bauer

SICHERHEIT IM FOKUS

GEFAHREN ERKENNEN, VERHINDERN UND WIRKSAM BEKÄMPFEN

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin gerade zurück von einer zweitägigen Konferenz der sozialdemokratischen innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Fraktionen aller Bundesländer, die in diesem Jahr in Wiesbaden getagt hat. Das Thema Sicherheit stand selbstverständlich auch bei dieser Tagung im Fokus der Diskussionen. Ich freue mich, dass wir uns alle einig waren, dass die öffentliche Sicherheit ein großes sozialdemokratisches Thema ist, für das wir uns schon immer eingesetzt haben und dies auch in Zukunft tun werden. Sicherheit ist eine wesentliche Aufgabe des Staates. Wir müssen Gefahren erkennen, verhindern und gleichzeitig wirksam bekämpfen, selbstverständlich unter Beachtung der Freiheitsrechte.

Obwohl Deutschland eines der sichersten Bundesländer ist, ist es um das subjektive Sicherheitsgefühl derzeit nicht zum Besten bestellt. Allein durch weitere Gesetzesverschärfungen werden wir die Sicherheit nicht erhöhen können. Was wir aber brauchen ist eine effiziente und konsequente rechtsstaatliche Bekämpfung von Kriminalität. Hierzu gehört auch, dass bestehende Vollzugsdefizite beseitigt werden und unsere Justiz so ausgestattet ist, dass sie voll handlungsfähig ist. Daneben brauchen wir mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Einmal mehr zeigt sich, dass der Abbau von 1.000 Stellen bei der Polizei Baden-Württemberg durch die CDU eine Fehlentscheidung mit dramatischen Folgen war.

In meinem Beitrag in der letzten Blaulicht-Ausgabe habe ich die Hoffnung geäußert, dass sich die Grünen dazu durchringen können, dem Einsatz von Body Cams zuzustimmen. Ein Thema, für das ich mich gemeinsam mit Innenminister Reinhold Gall schon lange stark mache. Ich freue mich, dass es nun soweit ist und vor wenigen Wochen der Gesetzentwurf im Kabinett verabschiedet wurde und noch vor der Landtagswahl mit der externen Anhörung begonnen wurde. Wir Politikerinnen und Politiker sind es Euch schuldig, Euch bestmöglich zu schützen und Euch wirksame Instrumente an die Hand zu geben. Immerhin steht Ihr tagtäglich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Ich hoffe, dass es so gelingt die steigende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in den Griff zu bekommen.

Außerdem haben wir mit der Umsetzung des zweiten Anti-Terror-Pakets begonnen, das vorsieht, dass ein erheblicher Betrag des Anti-Terror-Pakets in eine moderne und

leistungsfähige Schutzausstattung und Bewaffnung der Polizei fließt. Die Polizei braucht eine bessere Ausstattung, um den gestiegenen und veränderten terroristischen Bedrohungen begegnen zu können. Ihr werdet mir sicherlich zustimmen, dass nur so unsere Polizei leistungsfähig bleibt und unsere Bürgerinnen und Bürger so noch besser schützen kann.

Nun wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Wahlkampfendspurt und hoffe, dass wir gerade auch angesichts unserer vielfältigen und erfolgreichen Maßnahmen im Bereich der Innenpolitik, Wählerinnen und Wähler von der SPD überzeugen können.

Viel Vergnügen mit der neusten Blaulicht-Ausgabe!

Herzliche Grüße

Euer **Nik Sakellariou**
Landtagsabgeordneter und
Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion



Nikolaos Sakellariou Mdl.

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesverband Baden-Württemberg / Polizeibeatrat

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20

www.spd-bw.de
www.blaulicht.bawue.spd.de

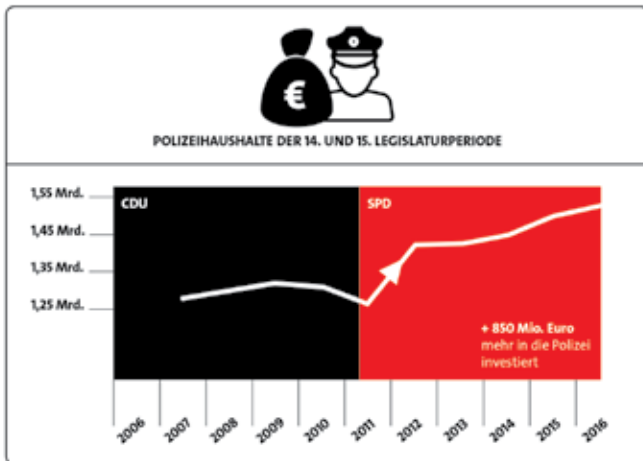
Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.

SICHER. GERECHT.

Auf die SPD kommt es an!

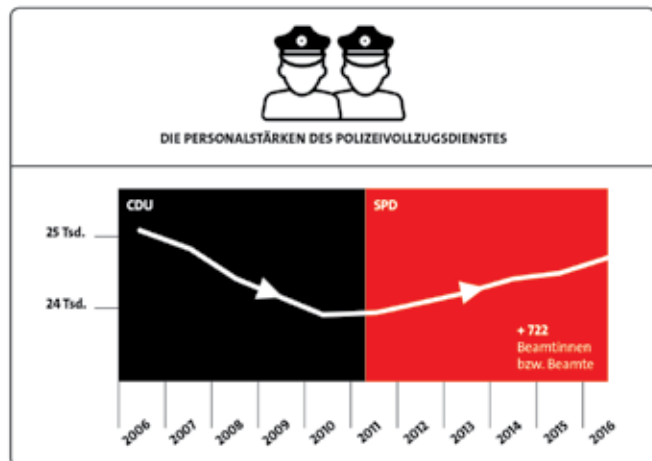
Hohe Aufklärungs- und niedrigste Kriminalitätsraten – Baden-Württemberg ist ein ausgesprochen sicheres Bundesland. Mit der Polizeireform hat unser Innenminister Reinhold Gall die Polizei schlagkräftiger und zukunftsfähig gemacht – sie ist nun effektiver und bürgernäher.



- ▶ Aufgrund der Altersstruktur der Polizei und sich ständig wandelnder Formen der Kriminalität mussten wir unsere Polizei reformieren. Auf lange Sicht spart das Geld und macht sie leistungsfähiger.
- ▶ Nun heißt es: Weitermachen! Wir planen die Einführung eines Ausbildungsberufs der/des Polizeifachangestellten, ebenso die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn, modernisieren weiter und bekämpfen Einbrüche offensiv!



- ▶ Einstellungsoffensive: Die Pläne der Vorgängerregierung sahen vor 1000 Polizeistellen abzubauen – wir haben rund 700 neue Stellen geschaffen. Mit uns wurden so viele Polizeibeamte eingestellt wie noch nie in den letzten 30 Jahren!
- ▶ Sicher und frei leben: Mit den Anti-Terror-Paketen wurde Polizei, Verfassungsschutz und Justiz im Kampf gegen den Terror mit rund 200 Stellen gestärkt.
- ▶ Aktuell haben über 20 Prozent der PolizeianwärterInnen einen Migrationshintergrund – ein absoluter Spitzenwert in Deutschland!



Mit Nils Schmid an der Spitze hat die SPD-Regierungsmannschaft unser Land wirtschaftlich stärker, sicherer und vor allem sozial gerechter gemacht. Die Weichen für die Zukunft sind richtig gestellt.

Wer diesen Kurs fortsetzen will, muss SPD wählen.



- ▶ Der 13. März ist eine Richtungswahl!
- ▶ Für Rassismus und Hass ist kein Platz in Baden-Württemberg!
- ▶ Zusammenhalt und soziale Sicherheit – Auf die SPD kommt es an!